



Liebe Genossinnen und Genossen,
 liebe Freunde,

in der letzten Woche wurde ich von meiner Fraktion zur Beauftragten für den Mittelstand und das Handwerk ernannt. Damit bin ich nun in und außerhalb der SPD-Bundestagsfraktion Ansprechpartnerin für alle Themen, die den Mittelstand und das Handwerk betreffen. Da auch Dortmund über einen sehr hohen Anteil mittelständischer Unternehmen verfügt, werde ich mich in dieser Funktion natürlich auch für meine Heimatstadt einsetzen. Über einen regelmäßigen Austausch mit Betrieben, Kammern und Verbänden, aber natürlich auch mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern möchte ich meine Arbeit auf eine breite Grundlage stellen und die Rahmenbedingungen für den Mittelstand verbessern.

Gefreut habe ich mich, dass ich diesen Monat meine erste Besuchergruppe aus der Heimat in Berlin empfangen durfte. Jugendliche aus dem evangelischen Jugendhilfezentrum Johannes Falk hatten einen Tag lang Gelegenheit, den Bundestag einmal genauer kennenzulernen und mit mir persönlich ins Gespräch zu kommen

Am heutigen Freitag ist Equal Pay Day, der internationale Aktionstag für die Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen. Ich werde an der zentralen Kundgebung am Brandenburger Tor teilnehmen, denn es liegt noch eine Menge Arbeit vor uns. Doch die SPD-Fraktion ist in Fragen der Gleichstellung natürlich nicht untätig. Über unsere geplanten Maßnahmen findet ihr unten mehr.

Und: Meine Homepage ist überarbeitet. Schaut doch einfach mal unter www.sabine-poschmann.de vorbei. Das Design des Newsletters haben wir gleich angepasst.

Situation auf der Krim

Die Krise in der Ukraine und insbesondere auf der Krim hat den Bundestag in den beiden Sitzungswochen im März natürlich intensiv beschäftigt. Die Haltung der SPD zu dem Thema ist klar und eindeutig: Das Vorgehen Russlands ist völkerrechtswidrig und verletzt die Souveränität und die territoriale Integrität der Ukraine.

Um eine weitere Eskalation zu verhindern, müssen alle diplomatischen Anstrengungen vollzogen werden. Gleichzeitig hat die EU in dieser Woche

Kontakt

Berliner Büro

Tel.: 030 227-78494

Fax: 030 227-76496

sabine.poschmann@bundestag.de

Wahlkreis Büro

Tel.: 0231 286 786 18

Fax: 0231 286 786 16

sabine.poschmann.ma04@bundestag.de

www.sabine-poschmann.de

<https://www.facebook.com/sabine.poschmann.1>

Links

<http://www.spdfraktion.de/>

<http://www.bundestag.de/>

<http://www.spd.de/>

Sanktionen verabschiedet, die Russland treffen, aber weiter die Tür zu einem Dialog offen lassen.

Entlastung der Kommunen

Die finanzielle Entlastung der Kommunen bleibt ein zentrales Thema. Gemeinsam mit den anderen Bundestagsabgeordneten aus dem Ruhrgebiet setze ich mich bereits seit November für Entlastungen ein, die im Koalitionsvertrag festgehalten wurden.

Der Entwurf des Bundeshaushaltes für 2014 entspricht nicht in vollem Umfang unseren Vorstellungen. Der Bund übernimmt vollständig die Grundversicherung im Alter mit einer Entlastungswirkung für die Kommunen in Höhe von 5,5 Mrd. Euro jährlich. Die Städtebauförderung soll zudem von 455 auf 700 Mio. Euro aufgestockt werden. Der Koalitionsvertrag sieht weiter vor, dass die Kommunen zusätzlich im Rahmen der Verabschiedung eines Bundesteilhabegesetzes im Umfang von 5 Mrd. Euro jährlich von den Kosten der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen entlastet werden.

Irritiert hat uns, dass die Entlastung im Rahmen des Bundesteilhabegesetzes erst ab 2018 geplant ist. Unser Ziel ist es jedoch weiterhin, das Bundesteilhabegesetz schon 2016 zu verabschieden und somit ab 2017 zu einer höheren finanziellen Entlastung zu kommen. Ein schuldenfreier Bundeshaushalt darf nicht auf Kosten der Kommunen gehen. Daher begrüße ich, dass es ab 2015 bis zur Verabschiedung des Teilhabegesetzes eine zusätzliche Entlastung von einer Mrd. Euro jährlich geben wird. Wir Ruhrgebiets-MdBs halten aber unsere Forderung nach 5 Mrd. Euro Entlastung ab 2017 aufrecht.

Gleichstellung verwirklichen

Im Plenum haben wir in der ersten Sitzungswoche über Gleichstellungsfragen debattiert und die Bundesregierung aufgefordert im Jahr 2016 einen zweiten Gleichstellungsbericht vorzulegen. Konkret gibt es zudem einige geplante Maßnahmen, die der Gleichstellung in Zukunft zu Gute kommen werden. Unter anderem soll das Elterngeld mit dem „ElterngeldPlus“ deutlich flexibler, das Recht auf Teilzeit und das Rückkehrrecht zur früheren Arbeitszeit gesetzlich verankert, der Frauenanteil in Führungspositionen erhöht werden und die Entgeltungleichheit weiter abgebaut werden. Ich denke, dass wir bei diesem wichtigen Thema auf einem guten Weg sind.

Optionszwang abschaffen

Wir sind stolz darauf, dass es uns gelungen ist, die Abschaffung des Optionszwangs im Koalitionsvertrag zu verankern. Wie es zum Wesenskern einer Koalition gehört, mussten wir dabei Kompromisse eingehen. In diesem Fall in Form der Einschränkung, dass die Abschaffung nur für Menschen gilt, „die in Deutschland aufgewachsen sind“. Bei der Umsetzung des Gesetzes gilt es nun, dass wir eine unbürokratische Lösung finden und etliche junge

Menschen endlich von der Last befreien, sich bis zum 23. Lebensjahr für eine Staatsangehörigkeit entscheiden zu müssen.

Vorbereitung des Mindestlohns

Im Hintergrund laufen die Arbeiten am Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro auf Hochtouren. Trotz aller Versuche der Union auf uns einzuwirken, werden wir an der getroffenen Vereinbarung festhalten. Für Auszubildende und Pflichtpraktikanten soll der Mindestlohn nicht gelten, da es sich nicht um Arbeitnehmertätigkeiten im Sinne des Gesetzes handelt. Zudem sollen sie nicht von einer Ausbildung abgehalten werden. Deshalb diskutieren wir zusätzlich eine Altersbegrenzung.

Der Mindestlohn ist eins der wichtigsten Projekte der SPD und ich freue mich, wenn er bald endlich gesetzlich verankert ist.

Gespräche mit Vertretern des Mittelstands

In den letzten zwei Wochen habe ich wieder an vielen Veranstaltungen zum Thema Mittelstand teilgenommen, um mich über die aktuelle Lage zu informieren und wichtige Kontakte zu knüpfen. So war ich u.a. beim Sparkassen-Forum Deutscher Mittelstand, beim BDI/BDA-Mittelstandsausschuss, beim mittelständisch geprägten Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmer (bdo) und bei den Familienunternehmern (ASU) zu Gast. Am Mittwoch diskutierte ich auf dem Podium einer Veranstaltung des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie und der Bundesvereinigung mittelständischer Bauunternehmer zur Mittelstandspolitik. Auch zu ver.di habe ich in Berlin bereits Kontakte geknüpft.

Und in der nächsten Woche treffe ich mich in Dortmund zu einer Diskussion mit Mitgliedern der IG-Metall über die Umsetzung der Gewerkschaftsforderungen bei der Ausgestaltungen des Koalitionsvertrages.

Meine Arbeitswoche verlängert sich diesmal bis Samstag, da wir mit der Fraktion eine Klausursitzung haben. Wir werden unsere weitere gemeinsame Linie besprechen, über die anstehende Europawahl reden und Abstimmungsprozesse weiter verbessern.

Ab der nächsten Woche, bin ich dann wieder in Dortmund zu erreichen. Dann sind wir übrigens 100 Tage in Regierungsverantwortung. Ich denke, bisher haben wir bereits einiges auf den Weg gebracht!

Eure

Sabine